

Als erstes Unternehmen der **Otto Group** wird der hauseigene Onlinehändler **Paydirekt** integrieren. Die Bezahloption wird bis zum Jahresende 2017 zur Verfügung stehen. Auch die weiteren Unternehmen der Otto Group können zukünftig **Paydirekt** in ihre Onlineshops als Zahlungsmöglichkeit einbinden.

Nachdem die Sparkassen seit der Einführung mehr als zehn Millionen kontaktlose Girocards herausgegeben haben, kündigte der **DSGV** den Ausbau des mobilen Bezahls an. Die Sparkassen-Finanzgruppe plant im ersten Halbjahr 2018 eine Mobile-Payment-Lösung für das Smartphone herauszubringen.

Die **Staatsbank für Baden-Württemberg (L-Bank)** ficht das Urteil des **Gerichts der Europäischen Union (EuG)** vom Mai 2017 an. Die Förderbank hat Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt, das die Klage gegen die direkte EZB-Aufsicht abgewiesen hatte.

Der Finanzinvestor **Cerberus** hält seit Ende Juli 2017 bei der **Commerzbank** insgesamt 5,01 Prozent der Aktien. Damit ist die US-Beteiligungsgesellschaft der zweitgrößte Aktionär der Großbank, neben dem ebenfalls über 5 Prozent haltenden Assetmanager Black Rock und der Bundesrepublik Deutschland mit 15 Prozent der Aktien.

Der **Bundesgerichtshof (BGH)** hat pauschale Gebühren für den Versand von Transaktionsnummern (TAN) für Zahlungen per SMS für unzulässig erklärt. Banken dürfen dem Urteil nach nur dann eine Extragebühr für den SMS-Versand einer beim Onlinebanking erforderlichen TAN erheben, wenn sie vom Kunden auch tatsächlich eingesetzt wird. In dem verhandelten Fall hatte der **Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBZ)** stellvertretend die **Kreissparkasse Groß-Gerau** verklagt. Nach Angaben des Portals Finanztip verlangen momentan mindestens 57 Banken und Sparkassen Gebühren für SMS-TAN.

Die Essener **National-Bank** lagert Teile ihrer IT an den Dienstleister **Atos** aus. Der geschlossene Vertrag beinhaltet Rechenzentrums-, Server-, Mainframe-, Datenbank- sowie Storage-Leistungen und hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Außerdem wird Atos den Betrieb sowie die Wartung der Internet- und Applikationsserver der Regionalbank verantworten und erstellt Sicherheitslösungen. Die bestehende IT-

**25. Juli 2017
bis
8. August 2017**

Landschaft der National-Bank wird in Atos-Rechenzentren nach Frankfurt am Main transferiert.

Elf Vorstandsmitglieder der **Deutschen Bank**, die während der Finanzkrise und danach im Amt waren, haben freiwillig auf insgesamt 38,4 Millionen Euro ihrer noch nicht ausbezahlten Vergütung in Höhe von 69,8 Millionen Euro verzichtet. Die Bank wird damit lediglich 31,4 Millionen Euro ausbezahlen. Aufgrund von aufsichtsrechtlichen Untersuchungen und behördlichen Strafzahlungen hatte der Aufsichtsrat über mehrere Jahre hinweg einen Teil der variablen Vergütung für die Vorstände suspendiert. Obgleich die Vorstandsmitglieder der Auffassung seien, dass ihnen keine Pflichtverletzungen vorzuwerfen sind, verzichteten sie als Ausdruck der Verbundenheit mit der Deutschen Bank auf die Boni, heißt es in einer Mitteilung der Großbank.

Das Privatbankhaus **M.M.Warburg & CO** startet mit dem **Warburg Navigator** eine digitale Vermögensverwaltung. Die Plattform entsteht in Partnerschaft mit dem Berliner Fintech **Elinvar**. Der Softlaunch soll noch in diesem Sommer erfolgen, im Herbst soll das Angebot dann den Kunden zur Verfügung stehen.

Nach der **Deutschen Börse** wird auch die **Deutsche Asset Management** ab der Saison 2017/18 Premiumpartner der **Eintracht Frankfurt**. Die Vereinbarung beinhaltet umfassende Logopräsenz im TV-relevanten Bereich und auf Werbemitteln im Vereinsumfeld bei Heimspielen der Eintracht, dies geht aus einer gemeinsamen Pressemitteilung hervor. Ein weiterer Bestandteil des Engagements ist eine Partnerschaft mit Eintracht Frankfurt e.V. in der Nachwuchsförderung. Als Kern dieser Vereinbarung unterstützt die Deutsche Asset Management den Verein als Ausbildungspartner des Leistungszentrums. Die Zusammenarbeit hat zunächst eine Laufzeit von zwei Jahren.

Die **Mitsubishi UFJ Financial Group (MUFG)** hat sich für Amsterdam als neuen EU-Sitz nach dem Brexit entschieden. Zur-

zeit hat Japans größte Bank 2 100 Arbeitsplätze in London.

Die britische Finanzaufsicht **Financial Conduct Authority (FCA)** will den in London täglich neu festgelegten Referenzzinssatz im Interbankengeschäft bis Ende 2021 abschaffen. Der **Libor (London Interbank Offered Rate)**, Benchmark für zahllose Finanzkontrakte in Höhe von rund 350 Billionen Dollar, soll durch ein verlässlicheres System ersetzt werden, geht aus einer Mitteilung der FCA hervor. Der Zinssatz ist in der Vergangenheit wegen Manipulationen und Absprachen in Misskredit geraten.

Der europäische Asset Manager **Ardian** will ein Infrastrukturportfolio der **Unicredit** für 300 Millionen Euro kaufen. Die Transaktion soll im dritten Quartal 2017 abgeschlossen sein und wird bei Vollzug eine der größten Secondary-Transaktionen im Infrastruktursektor im laufenden Jahr sein.

Um den künftigen Sitz der **Europäischen Bankenaufsicht (European Banking Authority, EBA)** und der **Europäischen Arzneimittelbehörde (European Medicines Agency, EMA)** haben sich insgesamt 27 EU-Staaten beworben, geht aus einer Mitteilung der **EU-Kommission** hervor. Die EMA beschäftigt 900 Mitarbeiter in London, die EBA hat knapp 200 Beschäftigte. Die Bewertung der Bewerbungen soll Ende September veröffentlicht werden.

Anfang August ist nach einer mehrmonatigen Konsultations- und Vorbereitungsphase die Verordnung zur Änderung der Institutsvergütungsverordnung in Kraft getreten. Die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** sieht mit der Überarbeitung in erster Linie die Anforderungen der Leitlinien der **Europäischen Bankenaufsichtsbehörde EBA** für eine solide Vergütungspolitik in deutsches Recht umgesetzt, die die Vergütungsregeln der europäischen Eigenmittelrichtlinie und -verordnung konkretisieren. Ursprünglich hatte die BaFin das Inkrafttreten für Anfang 2017 angekündigt.

Die **Volksbank Reutlingen** und die **Vereinigte Volksbank Sindelfingen** haben Sondierungsgespräche für eine Fusion begonnen. Soweit die erfolgreich ist, soll den Vertreterversammlungen 2018 das Verschmelzungsvorhaben vorgestellt werden. Zusammen haben beide Institute eine Bilanzsumme von 4 Milliarden Euro. ■■■■■